

Antrag A.4

Antragssteller_in: Tilman Loos, Juliane Nagel

Leipziger Modell fortführen

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Der Stadtverband DIE LINKE. Leipzig spricht sich für die Fortführung des "Leipziger Modells" mit wechselnden Mehrheiten im Stadtrat aus und bittet die Stadtratsfraktion "DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig" ihre Arbeit in diesem Sinne zu gestalten. Längerfristige Kooperationsvereinbarungen in einzelnen Themenfeldern mit anderen Fraktionen sind jedoch auch aus Sicht der LINKEN in Leipzig eine Möglichkeit, bestimmte Arbeitsprojekte und Zielvorstellungen besser zu formulieren und transparenter in die Öffentlichkeit zu vermitteln.

Begründung:

Im Gegensatz zu vielen anderen Städten wird in Leipzig seit langem das so genannte "Leipziger Modell" im Stadtrat praktiziert. Statt auf feste Koalitionsbildungen mit entsprechenden Koalitionsverträgen -und Ausschüssen zu setzen, arbeitet der Stadtrat mit wechselnden Mehrheiten. Für eine erfolgreiche Annahme von Anträgen im Stadtrat müssen die jeweiligen Antragssteller_innen bei allen anderen Mitgliedern des Stadtrates und den Fraktionen um Zustimmung zum jeweiligen Anliegen werben, statt sich auf vorher fest arrangierte Koalitions- und Fraktionsdisziplinen verlassen zu können.

Freilich ist auch das bis heute praktizierte Modell der wechselnden Mehrheiten nicht unumstritten. So lautet beispielsweise ein möglicher Kritikpunkt, dass wegen der uneindeutigen "Frontlinien" im Stadtrat die Debatten in der Öffentlichkeit schwerer nachzuvollziehen sind. Es mag zwar sein, dass das auch aus vielen Parlamenten bekannte Koalitionsmodell in vielen Fragen stärker polarisiert und damit Unterschiede sichtbarer zu Tage treten, gleichzeitig simplifiziert das Modell fester Mehrheiten - sowohl auf Seiten etwaiger Regierungskoalitionen als auch auf Seiten der Opposition – die Sachbezogenen Debatten. Während die eine Seite faktisch dazu verdammt ist, die Verwaltung in der Debatte zu schützen, sieht sich die Opposition fast automatisch in der Rolle, Verwaltung und Stadtratsmehrheit zu kritisieren. Das ist für eine konstruktive und vielschichtige Debatte oftmals nicht hilfreich, sondern schädlich, weil Einzelfragen auch in der öffentlichen Wahrnehmung zu leicht als ein ritualisiertes Ping-Pong zwischen Mehrheitskoalition auf der einen und Opposition auf der anderen Seite wahrgenommen werden. Ein anderer Kritikpunkt sind Parteienklüngeleien zum Beispiel bei der Besetzung der Bürgermeister_innenposten. Das Aushandeln bei Postenbesetzungen ist jedoch kein Alleinstellungsmerkmal des "Leipziger Modells", sondern findet sich auch im Modell fester Koalitionsmehrheiten wieder – eben nur mit weniger Beteiligten. Vorteil bei Personalbesetzungen des Leipziger Modells ist gleichfalls, dass die Repräsentanz der unterschiedlichen Parteien und Fraktionen in der Verwaltung in der Regel wesentlich fairer ist als bei Koalitionsmodellen, bei denen meist nur etwas mehr als die Hälfte der Stadtratsmitglieder letztlich alle wesentlichen Verwaltungsposten besetzen. Das Argument der mangelnden Kontrolle der Verwaltung durch den Rat ist zudem ein Problem der praktischen Ausführung des Leipziger Modells denn inhärenter Bestandteil des Modells selbst. Der FDP oder den Grünen, die darüber klagen, dass die Verwaltung

sich die ihr passenden Mehrheiten suche, muss zurufen: dann sollten sie sich eben Mehrheiten für Alternativvorschläge suchen. Warum eine Minderheitenopposition im Stadtrat den großen Verwaltungsapparat außerdem besser kontrollieren soll als 70 Stadtratsmitglieder gemeinsam, bleibt ein Geheimnis.

Ein weiterer wesentlicher Vorteil von Modellen mit wechselnden Mehrheiten liegt bei einem weiteren Punkt der Repräsentanzfrage vor. Die Parteien und Wählervereinigungen unterscheiden sich in ihrer Programmatik nicht nur auf einer einfachen Ebenen eines linearen politischen Spektrums. Die Verschiedenheit äußert sich in wesentlich komplexeren politischen Koordinatensystemen und Profilen. Im Modell wechselnder Mehrheiten kommen die gegebenenfalls ganz unterschiedlichen Mehrheitsverhältnisse betreffend einzelner Themenfelder im komplexen System politischer Verortung auch in Entscheidungen tatsächlich zum tragen. Bei Koalitionsmehrheiten ist dies jedoch häufig nicht der Fall, da die Beteiligten jeweils ihre eigentlichen Positionen und Tendenzen in einzelnen Themenspektren oder politischen Achsen zurückstellen müssen. Dabei ist gerade für die transparente Widerspiegelung gesellschaftlicher Mehrheitsverhältnisse wichtig, dass diese sich nicht nur in theoretischen Parlamentsmehrheiten sondern gerade auch in praktischen Beschlüssen, also dem "Politikergebnis", wiederfinden. Dies macht ein Modell wechselnder Mehrheiten, wie es das "Leipziger Modell ist", viel eher möglich, als feste Koalitionen.

Insgesamt hat das Leipziger Modell also mehr Vor- als Nachteile. Auch wenn sich alle demokratischen Stadträt_innen in Zukunft verstärkt Gedanken machen müssen, wie die Verwaltung und der OBM effizienter zu kontrollieren sind, löst ein Modell fester Koalitionen keineswegs die derzeitigen Probleme. DIE LINKE. Leipzig sollte demnach auch in Zukunft an Sachfragen orientiert für die jeweiligen Anträge um Zustimmungen und Mehrheiten werben – natürlich ohne NPD und AfD.